

Pressemitteilung

ZIA warnt vor Schaden für die wirtschaftliche Entwicklung Berlins

Berlin, 15.01.2019 – Der ZIA Zentraler Immobilien Ausschuss, Spitzenverband der Immobilienwirtschaft, kritisiert das vom Land Berlin ausgeübte Vorkaufsrecht bei Büroimmobilien. „Die investitionsfeindliche Berliner Wirtschaftspolitik setzt sich fort“, sagt Niclas Karoff, Vorstand der ZIA-Region Ost. „Das Vorkaufsrecht ist für den Steuerzahler ein teures und zugleich leider auch untaugliches Instrument, egal ob es sich um Wohn- oder Bürohäuser handelt. Berlin riskiert damit sein gutes Ansehen und seine Strahlkraft. Insbesondere vor dem Hintergrund der ohnehin schon hohen Büroflächenknappheit in der Hauptstadt ist das ein fatales Signal an Unternehmen aus dem In- und Ausland, die sich in Berlin ansiedeln oder dort investieren wollen. Dieses Vorgehen schadet der wirtschaftlichen Entwicklung von Berlin.“

Laut Medienberichten nutzt das Land Berlin sein Vorkaufsrecht auch für Bürohäuser, um dort unter anderem eigene Behörden unterzubringen. Demnach müssten die bisher ansässigen Unternehmen müssten weichen und auf teurere Standorte ausweichen.

Der ZIA

Der Zentrale Immobilien Ausschuss e.V. (ZIA) ist der Spitzenverband der Immobilienwirtschaft. Er spricht durch seine Mitglieder, darunter mehr als 25 Verbände, für rund 37.000 Unternehmen der Branche entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Der ZIA gibt der Immobilienwirtschaft in ihrer ganzen Vielfalt eine umfassende und einheitliche Interessenvertretung, die ihrer Bedeutung für die Volkswirtschaft entspricht. Als Unternehmer- und Verbändeverband verleiht er der gesamten Immobilienwirtschaft eine Stimme auf nationaler und europäischer Ebene – und im Bundesverband der deutschen Industrie (BDI). Präsident des Verbandes ist Dr. Andreas Mattner.

Kontakt

André Hentz
ZIA Zentraler Immobilien Ausschuss e.V.
Leipziger Platz 9
10117 Berlin
Tel.: 030/20 21 585 23
E-Mail: andre.hentz@zia-deutschland.de
Internet: www.zia-deutschland.de